



Bürger- und Ordnungsamt	Vorlagen-Nr: 06/0746	öffentlich
Resolution zur ZAAB Blankenburg		
Beratungsfolge:		
Verwaltungsausschuss	am: 20.11.2006	Zu TOP: 18.1
Rat	am: 20.11.2006	Zu TOP: 20.1

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt folgende an die niedersächsische Landesregierung gerichtete Resolution:

„Die anhaltenden Proteste in der ZAAB Blankenburg verfolgt der Rat der Stadt Oldenburg mit Besorgnis. Vorwürfe in Bezug auf Qualität und Standards der Aufnahme und Unterbringung der Betroffenen sowie eine faire Durchführung des Asylverfahrens auf Grundlage rechtsstaatlichen Handelns schaden sowohl dem Land Niedersachsen, der Stadt Oldenburg im Besonderen als auch dem Rechtsstaat im Allgemeinen.

Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die vorgebrachten Kritikpunkte der Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Blankenburg ernsthaft und intensiv zu prüfen und Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Vor allem die zentrale Unterbringung muss überdacht werden und als Alternative eine dezentrale Unterbringung geprüft werden. Auch das bürokratische Wertgutscheinsystem sollte abgeschafft werden.

In diesem Zusammenhang wird der Landesregierung zur Deeskalation zwischen Behördenleitung und Flüchtlingen vorgeschlagen, eine unabhängige Kommission einzurichten, die sich aus regionalen Fachleuten der Flüchtlingsarbeit, wie z. B. den Sozialverbänden, Kirchen, der Anwaltschaft, der Ärzteschaft und der Universität, zusammensetzt.

Auch die Stadt Oldenburg ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den in der ZAAB Blankenburg lebenden Menschen bewusst. Sie wird die in ihre Zuständigkeit fallenden Anliegen auf Verbesserungsmöglichkeiten hin untersuchen, u. a. eine verbesserte Busanbindung zwischen Stadtkern und ZAAB Blankenburg. Hierbei wird der Oberbürgermeister gebeten, mit dem Land Niedersachsen über eine Kostenbeteiligung bezüglich der Busanbindung in Verhandlung zu treten.“

Zur konstituierenden Ratssitzung am 01.11.2006 lagen zu dem Thema der Behandlung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der ZAAB Blankenburg Anträge der Ratsfraktionen Die Linke.Oldenburg, Bündnis90/Die Grünen und SPD vor. Nach Erörterung der Anträge wurde die Verwaltung um Vorlage einer an die niedersächsische Landesregierung gerichteten Resolution zur nächsten Ratssitzung am 20.11.2006 gebeten. Weitere Erläuterungen zur ZAAB und den mit dieser Einrichtung verbundenen Entwicklungen für die Stadt Oldenburg werden mündlich in der Sitzung vorgetragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

In Vertretung

M e y n